



Positionspapier

Welche Lehren kann die Innovationspolitik aus der Corona-Krise ziehen?

April 2020

Positionspapier der VDI/VDE-IT:

Welche Lehren kann die Innovationspolitik aus der Corona-Krise ziehen?

Die aktuelle Krise in Folge der Corona-Pandemie stellt viele tradierte Gewohnheiten und Mechanismen des Lebens und Wirtschaftens in Frage. Oftmals der Not gehorchend, finden neue und flexible Instrumente und Prozesse Anwendung, um die Folgen der Krise zu mildern. Dabei deutet sich an, dass eine einfache Rückkehr zum Status quo vor der Krise nicht ohne weiteres möglich, in einigen Fällen womöglich auch nicht erstrebenswert ist. In dieser Situation ist es nötig, auch Lehren für die Innovationspolitik zu ziehen – als Beitrag zur Lösung, aber auch zum Überdenken der eigenen Rolle und wie sie künftig ausgefüllt werden soll.

Hintergrund

Die Corona-Krise gilt als Stunde der Exekutive, und tatsächlich ist es bemerkenswert, wie entschlossen aber auch vermittelnd der Regierungsapparat mit gleichsam freier Hand in Zeiten der zahlreichen Herausforderungen für Gesellschaft und Wirtschaft agiert. Dabei zeigt das in der Vergangenheit oftmals gescholtene föderale System der Bundesrepublik – bisher – keine erkennbaren Nachteile gegenüber unseren stark zentralisierten Nachbarn, im Gegenteil: Innerhalb eines gemeinsam koordinierten (Bundes-)Rahmens kann dezentral womöglich sogar besser auf regionale Besonderheiten und Erfordernisse eingegangen werden. Zugleich zeichnet sich ab, dass das Vertrauen sowohl in Regierungs- und andere staatliche Institutionen als auch in die (Natur-)Wissenschaft zunimmt.

Mit Blick auf die Frage nach dem „Danach“ wird jedoch klar, dass die dominante Rolle der Exekutive enden muss: Die jetzt aus gutem Grund getroffenen Maßnahmen sind zum Großteil von der Zielsetzung geprägt, möglichst nahtlos an die Vor-Corona-Zeit anknüpfen zu können, als ob Gesellschaft und Wirtschaft aus einem gemeinsamen Winterschlaf erwachen müssten. Die Mittel, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, brechen mit bekannten Konstanten, indem die über Jahre verfolgte Politik der „Schwarzen Null“ en passant kassiert, Milliardenbeträge großzügig freigegeben und staatliche Beteiligungen an Unternehmen geprüft oder vorbereitet werden.

Mit diesem Vorgehen und der dahinterliegenden Maßgabe wird allerdings willentlich oder unbewusst auch der Eindruck vermittelt, dass die Vor-Corona-Zeit in vollem Umfang erstrebens- und damit erhaltenswert sei und sich nach einer Phase des Übergangs bzw. kollektiven Wiederaufbaus einfach wiederherstellen ließe. Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg – die mehrfach bemühte Referenz, um Covid-19 als größte Bedrohung in den letzten 75 Jahren zu beschreiben und damit indirekt zu belegen, welche Errungenschaft ein geeintes Europa ist – wird es nach Corona voraussichtlich keine „Stunde Null“ geben – schließlich bleiben Gebäude, Infrastrukturen, Felder und Maschinen intakt. Insbesondere solange kein Impfstoff gegen das neuartige Corona-Virus verfügbar ist, ist es zwingend, innezuhalten, das Geschehene zu analysieren und auf Basis eines breiten gesellschaftlichen und politischen Diskurses eine „Normalität“ jenseits einer Fortschreibung des Jahres 2019 zu formulieren. Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Bildungsstandards, dem Stellenwert des Gesundheitssystems, internationaler Kooperation, Verantwortung und länderübergreifender Solidarität, Nachhaltigkeit und Wachstum stellten sich schon vor Corona und haben unter dem Eindruck der Krise eine Tiefenschärfe erlangt, die nicht ignoriert werden darf.

Dies gilt für alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und betrifft damit ohne Frage auch das für die Prosperität Deutschlands essenzielle Innovationssystem. Wie bei allen aktuell ergriffenen und zukünftig zu ergreifenden Maßnahmen gilt auch für Bildung, Wissenschaft, Technik und Innovation, dass sich drei generelle Phasen definieren lassen.

In der gegenwärtigen **ad hoc-Phase** geht es darum, Lösungen für akute Probleme zu finden, bei denen es nicht selten metaphorisch oder sprichwörtlich um Leben und Tod geht. Unter dem Eindruck der Krise und des Shutdowns werden beispielsweise auf breiter Front Digitalisierungsfortschritte gemacht (Stichworte sind hier Home-Office, Online-Lernen und -Events sowie neue Formen der Daseinsvorsorge), die es dauerhaft zu sichern gilt.

In der darauffolgenden **Recovery-Phase**, die den (schrittweisen) Exit aus dem Shutdown umfasst, geht es darum, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unter geänderten Vorzeichen – Fortbestand von Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln, Neuordnung von Lieferketten – wieder hochzufahren. In dieser Phase werden voraussichtlich umfangreiche Konjunkturmaßnahmen ergriffen. Da hierbei systemkonservative Mechanismen aus der Zeit vor Corona und reformerische Modelle und Erfahrungen aus der ad hoc-Phase nebeneinander existieren, ist ein Ringen darum, was als zukünftige „Normalität“ anzusehen sein wird, absehbar und unabdingbar.

Anknüpfend an die Recovery-Phase und verbunden mit der Erwartung, dass nicht alle Erfahrungen und auch Errungenschaften aus der ad hoc-Phase im weiteren Verlauf annulliert werden, kommt es in der **Reformphase** darauf an, eine weitergehende Neubestimmung für Gesellschaft und Wirtschaft vorzunehmen und basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen umzusetzen. Damit bietet sich auch die prinzipielle Chance, bestehende Mängel der bisherigen Systeme grundsätzlich zu beheben, wie es beispielsweise mit Blick auf die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels notwendig sein dürfte.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, welche Lehren die innovationspolitischen Akteure aus der Corona-Krise ziehen können. Die folgenden Akzente verstehen sich als eine exemplarische Positionsbestimmung, mit der wir als Projektträger und innovationspolitische Beratungsinstanz eine Diskussion über die Rolle von Bildung, Wissenschaft, Technik und Innovation in einer veränderten und in Teilen neu zu gestaltenden Welt anregen wollen. Sie bilden nicht alle relevanten Aspekte ab, die bei einer Neubestimmung innovationspolitischer Handlungsoptionen nach Corona zu berücksichtigen sind. Wir haben uns vielmehr auf sechs Themenfelder konzentriert, in denen wir besondere Chancen und Herausforderungen sehen und bei denen wir der Ansicht sind, aufgrund unserer spezifischen Erfahrungen in der Projektförderung einen Diskussionsimpuls geben zu können.

1. Gründungsdynamik erhalten und kreative Potenziale nutzen

In den vergangenen Jahren ist es in Deutschland gelungen, die Gründungsdynamik weiter zu stabilisieren, trotz herausfordernder Rahmenbedingungen wie einem attraktiven Arbeitsmarkt für abhängig Beschäftigte und ungünstiger demographischer Entwicklungen. Insbesondere in innovativen Branchen sind die Gründungszahlen stabil, Gründungsmetropolen wie Berlin, München oder Hamburg haben sich beeindruckend entwickelt. Die aktuelle Krise könnte allerdings zu einem massiven Einbruch führen. Start-ups haben oft nur kleine Zeitfenster, die sie ohne frisches Geld überbrücken können. Finanzierungsoptionen fallen in der Corona-Krise weg, Kunden und Lieferantenbeziehungen sind existenziell gefährdet. Die Bundesregierung steuert bereits mit massiven Unterstützungsmaßnahmen gegen das drohende Start-up-Sterben, trotzdem bleibt die Zukunft des Gründungstandorts Deutschlands ungewiss.

Gleichzeitig zeigt die Krise, welch unglaublich kreatives Potenzial in unserem Land steckt, das sich nun in Hackathons und innovativen Lösungen einzelner Firmen entfaltet. Dieses Potenzial kann genutzt werden, um dem Gründungsgeschehen in Deutschland neuen Schwung zu verleihen. Im Kern sind erste Lessons Learnt z. B. aus dem großen Erfolg der Hackathons, dass unkomplizierte und niederschwellige Formate die Hemmschwelle zur Beteiligung senken, dass eine klare Lösungsorientierung die entsprechende Motivation verleiht und dass eine gesellschaftliche Einbettung im Sinne sozialer Innovationen die nötige Breitenwirkung garantiert.

Unter dem Eindruck der Herausforderungen und Bedrohungen, die mit der Pandemie einhergingen und -gehen, haben sich spontan heterogene Communities zusammengefunden, die Lösungen für die vielen Erfordernisse eines neuen Alltags in Gesellschaft und Wirtschaft entwickeln. Beispiele reichen von Maker-Spaces, die Schutzmasken für Arztpraxen herstellen bis zu Industriebetrieben, die Scheibenwischemotoren für mechanische Beatmungsgeräte zweckentfremden – die Lösungen sind digital oder auch lowtech. Bemerkenswert an den zahlreichen Beispielen für eine selbstorganisierte „Krisenproduktion“ ist, dass neben Forschungseinrichtungen und Unternehmen auch zivilgesellschaftliche Akteure, lose organisierte Communities oder auch Privatpersonen ein erstaunliches Engagement und eine hohe Kreativität und Prob-

lemlösungsfähigkeit an den Tag legen – getreu dem Leitspruch „Not macht erfinderisch“. Deutlich wird: Es existiert ein beachtliches Potenzial, das allerdings weitgehend auf sich selbst gestellt ist und getragen wird vom Willen, zu helfen, da es ohne nennenswerte Unterstützung auskommen muss. Und es ist noch nicht ausgemacht, dass sich dieses Momentum verstetigt.

Im Sinne eines „über den Tag Rettens“ des Impulses, den die Corona-Krise gesetzt hat, ist es naheliegend, ein Programm für „Citizen Innovation“ aufzulegen und somit auch ein Konzept für bürgerschaftliche Innovation in Deutschland stärker zu adressieren. Eine solche Förderung würde an keine bestimmte Rechtsform gebunden sein, damit sie auch Privatpersonen offensteht. Auf Eigenanteile würde verzichtet werden, die Förderhöhe wäre auf kleine Beträge beschränkt. Zudem wären nur notwendige Anschaffungen, nicht aber Personal förderfähig, da das freiwillige, bürgerschaftliche Engagement ein unverzichtbarer Treiber ist. Denkbar wären zudem neue Finanzierungsmodelle, z. B. Bonds oder Wettbewerbe, durch die neue Akteursgruppen oder einzelne Bürgerinnen und Bürger in die Förderung eingebunden werden.

Entsprechende Formate können in Zukunft verstärkt genutzt und unter Umständen an bestehende Innovationsfördermaßnahmen angegliedert werden. Bislang stehen Gründungs- und klassische Forschungsförderung noch viel zu oft unverbunden nebeneinander, zudem findet eine gesellschaftliche Perspektive zu wenig Beachtung. Auch zeigt die aktuelle Situation, dass Lösungen für drängende Probleme nicht unbedingt national zu suchen sind. Eine Gründungsförderung, die diese Lösungsorientierung in den Mittelpunkt stellt, könnte deutlich stärker als bisher üblich auch auf internationale Teams setzen.

2. Agilität des Innovationssystems stärken

Seit Jahren wird eine zu große Trägheit des deutschen Forschungs- und Innovationssystems beklagt und mehr Agilität eingefordert. Zuletzt hat sich das Hightech-Forum in einem Impulspapier dem Thema „Agilität im Innovationssystem“ breiter gewidmet¹. Die aktuelle Pandemie unterwirft nun auch das Innovationssystem einem Agilitätsexperiment. Alle Akteure, Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmen, Projektträger und Politik müssen jetzt gleichermaßen schnell reagieren, digitale Prozesse massiv ausbauen, bürokratische Hemmnisse minimieren, Ressourcen auf die brennenden Themen der Gesundheitsforschung umleiten und gleichzeitig laufende Forschungs- und Innovationsprozesse am Laufen halten.

Zurzeit wird nun viel experimentiert, oft dürfte der Ausgang noch offen sein. Aber die nun verfügbaren Erfahrungswerte sind eine wichtige Grundlage, um die neue Agilität des deutschen Forschungs- und Innovationssystems in die Phase der Normalisierung zu retten. An Bedarf dürfte es auch in ein paar Monaten nicht fehlen. Die Krise wird erhebliche Finanzmittel verschlingen und daher Effizienz noch wichtiger als bisher machen. Das Wiederaufstarten des Wirtschaftsmotors wird in besonderem Maße von den Wachstumsimpulsen abhängen, die Innovationen versprechen. Auch die Herausforderungen dürften sich in ihrer Priorisierung zwar wieder ändern, in ihrer Dringlichkeit aber nicht grundsätzlich unterscheiden – der Klimawandel wird durch die kurzfristigen Emissionsrückgänge der aktuellen Wirtschaftskrise nicht aufgehalten.

Viele Fördermodule sind aufgrund ihrer Förderrichtlinie und ihres gesamten Konstrukts nicht ausreichend flexibel in der Ausrichtung und der Umsetzung. Dies behindert eine kurzfristige Reaktion z. B. bei plötzlich auftretenden Ereignissen oder geänderten Rahmenbedingungen. Neben einer veränderten Rahmen- und Prioritätensetzung wird die geforderte Agilität im Innovationssystem ganz entscheidend von der flexiblen operativen Umsetzung abhängen. Dies bedeutet, dass die Innovations- und Forschungsförderung selbst zum Gegenstand von Forschung wird. In diesem Sinne müssen neue Ideen und Möglichkeiten entwickelt werden, um den Prozess der Forschungsförderung stetig zu verbessern. Neue Ansätze, Konzepte und Prototypen müssen erstellt und systematisch mit konventionellen Methoden und Instrumenten verglichen werden: Alles wird auf den Prüfstand gestellt. Somit können Inkubatoren geschaffen werden für technologische und organisatorische Innovationen in der Forschungsförderung, die im realen Umfeld erprobt und im Erfolgsfall in den umfassenden Regelbetrieb übernommen werden können. Auf diese Weise kann das Innovationspotenzial dauerhaft und kontinuierlich zur Verbesserung des Innovationssystems genutzt werden.²

¹ Siehe dazu <https://www.hightech-forum.de/publication/agilitaet/>

² Die VDI/VDE-IT hat mit ihrem PT-Lab schon vor der Corona-Krise einen solchen Inkubator geschaffen, um neue und agile Instrumente der Forschungsförderung gemeinsam mit ihren Kunden zu entwickeln und zu testen – siehe dazu <https://vdi-vde-it.de/de/pt-lab-der-forschende-projekttraeger>.

3. Digitales Lernen und Lehren weiterentwickeln

Schulen und Hochschulen experimentieren seit einiger Zeit mit dem digitalen Lernen und führen digitale Lernmedien ein, nutzen digitale Lernplattformen – in stark unterschiedlichem Ausmaß.³ In der konkreten Situation der Corona-Pandemie zeigt sich, wie sich frühzeitiges und nachhaltiges Engagement der „digital-aktiven“ Schulen und Hochschulen auszahlt. Und es zeigt sich auch, wo noch dringende Handlungsbedarfe bestehen. Bund und Länder fördern sowohl die Forschung und Entwicklung zur digitalen (Hochschul-)Bildung⁴ als auch technische Ausstattung der Schulen⁵. Für den Schulbereich zeigte sich, dass insbesondere die Schulleitungen weitere Unterstützung brauchen, um die Digitalisierung des Lernens und Lehrens als integralen Bestandteil des pädagogischen Konzepts und der Schulentwicklung insgesamt zu gestalten. Hier wäre die Entwicklung einer IT-Governance-Plattform für Schulleitungen mit Informations- und Vernetzungsangeboten lohnend. Ergänzend wäre die längerfristige Schulung und Bereitstellung von digital-technischen Support-Einrichtungen, die Informations- und Vernetzungsangebote speziell für die sehr heterogene Schullandschaft in den einzelnen Bundesländern prüfen, administrieren und zur Verfügung stellen, denkbar.

Ein Schwerpunkt für die Hochschulen könnte darin bestehen, hochschulübergreifende Kooperation noch stärker auszubauen, um die jeweils besten digitalen Lehr- und Lernangebote nutzen zu können und um Skaleneffekte für die Entwicklung und Implementierung von digitalen Bildungstechnologien zu realisieren. In einigen Ländern sind schon hochschulübergreifende Zentren für digitales Lernen und Lehren entstanden, wie etwa der Virtuelle Campus Rheinland-Pfalz (www.vcrp.de) oder das Multimedia Kontor Hamburg (www.mmh.de). Ergänzend sollten die Transfer- und Kooperationsaktivitäten der Hochschulen selbst gestärkt werden, etwa durch die Gründung von Zentren für Digitales Lehren und Lernen, die Forschung, Lehre und Transfer mit einer klaren Perspektive auf hochschulübergreifende Kooperation verbinden.

In herausfordernden Situationen wie aktuell unter der Corona-Pandemie ist es wichtig, möglichst alle Arbeitsprozesse digitalisieren zu können. Das betrifft alle Organisationen: Unternehmen, öffentliche Institutionen, die Bildungseinrichtungen selbst. Dafür sind vielfältige Kenntnisse und Fähigkeiten – Digital Skills – erforderlich. Insbesondere für fortgeschrittenes Digitalisierungswissen sind die Hochschulen die geeignetsten Bildungsanbieter. Zugleich zeichnet sich die wissenschaftliche Weiterbildung – wegen des notwendigerweise hohen Fernlernanteils – als ein besonders stark digitalisiertes Bildungssegment aus. Viele digitale Tools und Anwendungen – etwa im Bereich digitaler Prüfungen und virtueller Labore – wurden im Kontext der wissenschaftlichen Weiterbildung entwickelt. Aufbauend auf diesem Potenzial sollten neue Formate der wissenschaftlichen Weiterbildung für Digitalkompetenzen – insbesondere mit der Zielgruppe KMU – gefördert werden.

Gerade im Bereich der Weiterbildung ist es wichtig, kurz- und langfristige Orientierungsperspektiven aufeinander zu beziehen. Kompakte Angebote eignen sich gut für eine schnelle und zielgerichtete Aneignung von Wissen. Zugleich verfolgen Menschen längerfristige Bildungsziele, wollen etwa einen (zweiten) Hochschulabschluss erreichen. Zu Abschlüssen akkumulierbare und (mit ECTS) kreditierte Hochschulzertifikate können die Brücke zwischen kurz- und langfristiger Perspektive schlagen.

Die Leistungsfähigkeit digitaler Bildung hängt wesentlich ab von der Verfügbarkeit jeweils aktuellster digitaler Bildungstechnologien. Hier spielen einschlägige Start-ups – EdTech-Gründungen – eine zentrale Rolle. Die Hochschulen sollten dazu ermuntert und darin unterstützt werden, ihre Gründungsaktivitäten im EdTech-Bereich⁶ zu fokussieren und weiterzuentwickeln, von der Schwerpunktsetzung in der Forschung über spezielle Lehrveranstaltungen bis hin zum Auf- oder Ausbau von Inkubatoren und Akzeleratoren. Einer der erfolgreichsten hochschulnahen Inkubatoren weltweit, YES!Delft in den Niederlanden, hat bereits einen solchen Schwerpunkt gesetzt.⁷

3 Siehe dazu für Schulen: https://deutsches-schulportal.de/unterricht/das-deutsche-schulbarometer-spezial-corona-krise/?wt_zmc=dis.int.tc.zeitde.Fernunterricht.ddsp.bild_text_teaser_startseite.Fernunterricht.x&utm_medium=dis&utm_source=zeitde_tc_int&utm_campaign=Fernunterricht&utm

Für Hochschulen: Gilch, Harald et al. (2019): Digitalisierung der Hochschulen: Ergebnisse einer Schwerpunktstudie für die Expertenkommission Forschung und Innovation, Studien zum deutschen Innovationssystem, No. 14-2019, Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), Berlin

4 Siehe dazu <https://www.bmbf.de/de/digitale-hochschullehre-2417.html>

5 Siehe dazu Digitalpakt Schule, <https://www.bmbf.de/de/wissenswertes-zum-digitalpakt-schule-6496.php>

6 Siehe dazu <https://www.iit-berlin.de/de/publikationen/die-rolle-und-das-potenzial-von-hochschulen-fuer-innovationen-und-gruendungen-im-edtech-bereich/>

7 Siehe <https://www.yesdelft.com/focus-areas/edtech/>

Insgesamt ist es wichtig, in der Förderung die Balance zwischen Forschung, Entwicklung, Transfer und Anwendung im Normalbetrieb zu halten. Ohne Ausstattung und Anwendungserfahrung trägt Digitales Lernen und Lehren nicht zur akuten Krisenbewältigung bei. Ohne Forschung, Entwicklung und Transfer kann zukünftigen Herausforderungen nicht auf einem höheren Leistungsniveau begegnet werden, und die Potenziale für das Innovationssystem insgesamt bleiben ungenutzt.

4. Aus früheren Krisen lernen

In Krisensituationen stehen Unternehmen vor der Herausforderung, einerseits kurzfristig auf Einbrüche bei Aufträgen und Lieferstrukturen reagieren zu müssen und andererseits nicht durch Einschnitte bei der Beschäftigung ihr Know-how zu verlieren. Dies zeigt sich verschärft bei der industriellen Forschung und Entwicklung, die in Zeiten der Krise überflüssig erscheint, weil sie erst mittel- bis langfristig Mehrwert entfalten kann. Wenn Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten eingeschränkt werden, gefährdet dies aber die zur Erholung nach der Krise erforderliche Innovationskraft. Als Reaktion darauf wurden in der Vergangenheit, z. B. bei der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 ad hoc als Konjunkturmaßnahme Förderprogramme für industrielle Forschung und Entwicklung aufgelegt.

Wichtig ist es dabei, die schnelle Bereitstellung wirtschaftlicher Unterstützung für Unternehmen an einen nachhaltigen Mehrwert für die Gesellschaft zu knüpfen. Der European Economic Recovery Plan von 2008 enthielt beispielsweise drei Public-Private-Partnerships (PPP), die über die bestehenden Instrumente des Forschungsrahmenprogramms FP7 und in Abstimmung mit den betroffenen Unternehmen innerhalb weniger Monate Fördermittelausschreibungen zu Themen auflegten, welche einerseits hohe Innovationssprünge ermöglichten und andererseits einen Beitrag zum Klimaschutz versprachen, nämlich Green Cars, Energy Efficient Buildings and Factories of the Future. Schon damals war von einem „Green Deal“ die Rede. Obwohl „nur“ als Konjunkturmaßnahme angelegt, haben sich diese PPPs im Nachgang als ein sehr wirksames Instrument erwiesen, das zu einer Reform der europäischen FuE-Förderung geführt hat: Im laufenden Rahmenprogramm Horizon 2020 gibt es eine Vielzahl davon.

In der aktuellen Corona-Pandemie kann national wie europäisch an diese „Best Practice“-Erfahrung angeknüpft werden. Gerade die EU-Förderung ist hervorragend dafür geeignet, weil derzeit eine Reihe neuer Partnerships für das neue Rahmenprogramm Horizon Europe vorbereitet werden, die alle mit einem Mehrwert im Sinne des European Green Deals der Europäischen Kommission begründet werden. Es liegt nahe zu fordern, dass Konjunkturmaßnahmen in der aktuellen Situation, sofern sie nicht direkt dem Schutz vor neuen Pandemien dienen, die Gesellschaft und Wirtschaft resilient gegen neue globale Krisen machen sollten – inkl. der möglichen Neuordnung von Lieferketten und der Erhöhung der technologischen und industriellen Souveränität Europas –, da wir es längst mit sich überlagernden Krisenerscheinungen zu tun haben. Und mit der vom fortschreitenden Klimawandel hervorgerufenen Erderwärmung, die der Green Deal zu vermeiden sucht, steht eine solche weitere Krise bereits ins Haus. Die Bundesregierung sollte daher im Rahmen der ab Juli startenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands die Planungen für die Inhalte und Instrumente des Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe daraufhin abklopfen, ob sie eine konjunkturfördernde Wirkung mit gesellschaftlichem Mehrwert in Einklang bringen können, und somit entsprechende Anpassungen von Zielen und Budgets vorschlagen. Die Ankündigung der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 als „Marshallplan“ zu verstehen, bereitet dies vor, sodass eine direkte Kopplung an den Green Deal möglich wäre.

Ein dergestalt integriertes Vorgehen gibt der Europäischen Union die Chance, nach der vor allem von nationalstaatlichen und abgrenzenden Maßnahmen geprägten Pandemiephase das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen: Den Neuaufbau gemeinsam aktiv gestalten, damit die europäische Wirtschaft und Gesellschaft stärken und gegen künftige Krisen immunisieren und so positive Akzente für die europäische Idee und gegen Zerfallstendenzen setzen.

5. Systemrelevanz erkennen, bemessen und steuern

Die Corona-Pandemie hat wie kaum eine andere Situation vorher gezeigt, auf welchen Berufsgruppen und Bereichen unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme fußen und welche Pfadabhängigkeiten in Krisenzeiten bestehen können. Neben den stark geforderten Bereichen Gesundheitswirtschaft und IT traten Infrastrukturen wie die Grund-

und Lebensmittelversorgung, das Verkehrswesen, Betreuungseinrichtungen wie Kitas oder die Polizei als besonders „systemrelevant“ in Erscheinung.

Aktuell häufen sich die Fragen, unter welchen Umständen welche Bereiche als systemrelevant eingestuft werden sollten und wie gewährleistet werden kann, diese in Krisenzeiten so schnell und gezielt aktivieren zu können, damit volkswirtschaftlicher Schaden so gut wie möglich abgehalten werden kann. In der Situation zeigt sich, dass für versorgungskritische Bereiche kaum verlässliche Prognosen und Szenarien vorliegen, auf die zurückgegriffen werden kann, um schnelles und zielgerichtetes Handeln ermöglichen.

In der Post-Corona-Zeit muss daher überlegt werden, welche Monitoring- und Simulationssysteme benötigt werden, die zuverlässig einerseits die Systemrelevanz gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und auch politischer Bereiche erkennen und bemessen und andererseits Strategien zur Steuerung bieten, um kritische Versorgungslücken auch kurzfristig schließen zu können. Dabei geht es weniger um die Erstellung von bedarfsgerechten Notfallplänen, sondern vielmehr um die Garantie und Steuerung von Logistik- und Lieferketten sowie um die Bereitstellung von Know-how und Arbeitskraft. Und um die Frage, welche technologischen und sozialen Innovationen, z. B. mit Hilfe der Automatisierung, digitaler (Open-Source-)Plattformen oder der Veränderung oder Anpassung sozialer Praktiken für welche Szenarien bestmöglich geeignet wären und welche Ressourcen ggf. dafür bereitgestellt werden müssen, damit Engpässe nicht entstehen oder zeitnah von anderen Bereichen aufgefangen sowie Abhängigkeiten minimiert werden können. Das impliziert auch die Frage, auf welche nicht-systemrelevanten Bereiche ggf. in welcher Situation ganz oder teilweise verzichtet werden könnte und wie die dadurch freiwerdenden Ressourcen innovativ genutzt werden können und welche Vorbereitungen dafür notwendig sind.

6. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Existenzgrundlage

Nicht nur im europäischen Kontext, auch innerhalb Deutschlands stellt sich die Frage nach den Risiken, aber auch Chancen in unterschiedlichen Regionen. Erste Annahmen gehen davon aus, dass die wirtschaftlichen Zentren Deutschlands stärker von der Covid-19-Pandemie betroffen sind als andere Regionen. Aus wirtschaftlicher Perspektive mag diese Annahme richtig und logisch erscheinen. Dennoch greift sie viel zu kurz, denn die Auswirkungen von Covid-19 sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern betreffen viele Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens und zwar in allen Regionen, gleich ob es sich nach der regionalen Typisierung bisher um wachsende, stagnierende oder schrumpfende Regionen handelt. Wird die Gesamtheit der Auswirkungen in der Gesellschaft und Wirtschaft betrachtet, ist sogar davon auszugehen, dass bisher stagnierenden oder schrumpfenden Regionen ein besonders schneller und umfangreicher Kraftakt bevorsteht. Die Ausgangsbedingungen und Wachstumspotenziale von Regionen sind generell verschieden, aber Regionen mit wirtschaftlicher Strukturschwäche und mangelnder regionalwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, unterdurchschnittlichem Bruttoinlandsprodukt, niedriger Innovationsfähigkeit, angespanntem Arbeitsmarkt (überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, geringes Qualifizierungsniveau) und brüchiger (digitaler) Infra- und Versorgungsstruktur haben es gleich mehrfach schwer, den Folgen der Krise zu begegnen.

Den Anspruch des Art. 72 GG in Verbindung mit den Vorgaben des § 2 Abs. 1 ROG nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland gilt es nun nicht mehr nur zu postulieren, sondern in Teilbereichen schnellstmöglich zu realisieren. Es zeigt sich, dass beispielsweise flächendeckend sehr gute (digitale) Versorgungsstrukturen und zwar sprichwörtlich „bis an jede Milchkanne“ nicht nur eine Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen kennzeichnen, sondern vielmehr lebensnotwendig, ja gleichsam lebensrettend, sind. Home-Office, Home-Schooling und neue Formen der medizinischen sowie allgemeinen Daseinsvorsorge funktionieren nur mit leistungsfähigen Infrastrukturen. Und hier besteht weiterhin Nachholbedarf.⁸ In den Schulen ist in der Corona-Krise deutlich zutage getreten, wie zentral abhängig beispielsweise Schulen von verlässlich funktionierenden digitalen und technischen Infrastrukturen sind.

⁸ Darstellung zur Breitbandversorgung in Deutschland siehe: Der Breitbandatlas. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html>

Gerade für die Recovery- und Reformphase ergeben sich diverse Konsequenzen für die Regionalentwicklung respektive Regionalförderung. Braucht es also ein eigenständiges „Covid-19-Konjunkturprogramm für Akteure in strukturschwachen Regionen“? Wichtiger als ein solcher Schritt ist es, die Handlungsempfehlungen und konkreten Maßnahmen aus „Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall“⁹ nun zügig ohne Zeitverluste und Konzentration auf die Entwicklung sowie Implementierung von Konjunkturprogrammen umzusetzen. Vor allem muss es Ziel der zukünftigen Regionalförderung sein, dass basierend auf den gemachten Erfahrungen der Förderung neue und integrierte Konzepte definiert werden, welche die Entwicklungslogiken und bisher getrennten Zuständigkeiten in puncto Wirtschaft und Innovation, Bildung, Qualifizierung und Arbeit, Infrastruktur sowie Grund- und Daseinsvorsorge zusammenführen.

Angesichts der Situation zahlreicher Regionen geht es nicht mehr darum, die Herausforderungen sukzessive oder separat voneinander zu bewältigen, zumal sie sich auch größtenteils gegenseitig bedingen, sondern in einem ganzheitlichen regionalen Entwicklungsprozess: Tragfähiges muss erhalten, Wandlungsfähiges erneuert und Fehlendes kompensiert werden. Zudem sollten zukünftig alle Konjunktur- und Innovationsprogramme, sofern sie nicht ohnehin explizit auf strukturschwächere bzw. strukturschwache Regionen ausgerichtet sind, einen prozentualen Anteil für die Umsetzung von Projektideen in eben diesen Regionen beinhalten. Nach wie vor gilt der Grundsatz „Je innovativer, desto wirtschaftlich erfolgreicher“. Die innovativen Unternehmen sind dem Innovationsatlas 2019¹⁰ zufolge in den Ballungsgebieten ansässig, während die innovationsfernen Unternehmen überwiegend in Kleinstädten bzw. strukturschwachen Regionen beheimatet sind. In diesen Regionen bzw. Unternehmen fehlt es in der Regel an einer ausgeprägten Innovationskultur. Zweifelsohne verfügt aber jede Region über endogene Entwicklungs- und Innovationspotenziale. Im Zuge der Recovery- und Reformphase ist es daher notwendig, durch geeignete förderpolitische Instrumente zur Ausprägung regionaler Innovationskulturen beizutragen und dadurch die Innovationsdynamik zu erhöhen. Wird es nicht geschafft, die Produktivität in allen Regionen, aber insbesondere auch in strukturschwächeren Regionen anzukurbeln, wird die Schere zwischen prosperierenden und strukturschwächeren Regionen noch weiter auseinandergehen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und die Verringerung von regionalen Disparitäten dürfen kein hehres Zukunftsversprechen sein. Sie sind die Existenzgrundlage gesellschaftlichen und wirtschaftlichen (Zusammen-)Lebens.

Fazit

Vor dem Hintergrund der eingangs unterschiedenen drei Phasen der Krisenbewältigung – ad-hoc-, Recovery- und Reformphase – ist generell ein Portfolio an Maßnahmen nötig, das in seiner Gesamtheit

- die akute Krisenbewältigung unterstützt,
- die Resilienz für zukünftige Krisen – idealerweise für eine Palette möglicher Krisenszenarien – erhöht,
- die Entwicklung konkreter, deutlich über den Status quo ante hinausgehende Innovationen in Wirtschaft, Gesellschaft, Verwaltung, Bildung und Wissenschaft fördert und
- die grundlegende Innovationsfähigkeit der Unternehmen, der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, der öffentlichen Institutionen und insbesondere auch der Kooperationsnetzwerke aller dieser Akteure fördert.

Auch über die in diesem Papier beispielhaft skizzierten Kontexte hinaus dürften sich für eine sich weiterentwickelnde Innovationspolitik zahlreiche Möglichkeiten ergeben, Impulse für die zukünftige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland und Europa zu setzen.

⁹ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzende zur Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“

¹⁰ Siehe: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Innovative Milieus. Die Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen. Produktivität für Inklusives Wachstum | 06, Gütersloh, 2019

Kontakt:

Dr. Marc Bovenschulte

E-Mail: marc.bovenschulte@vdivde-it.de

Tel.: +49 (0)30 310078-108

www.vdivde-it.de

Bildnachweis: AdriaVidal – stock.adobe.com